

Geschäftsreisende sollen City-Tax zahlen

Gerichtsurteil ermöglicht Ausdehnung der Bettensteuer – Tauziehen um Mehreinnahmen



Die City-Tax genannte Bettensteuer soll der Förderung des Tourismus dienen. Die Einbeziehung der Geschäftsreisenden soll Mehreinnahmen erzeugen.

FOTO: OLIVER BERG

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Auch wer berufsbedingt in Bremer und Bremerhavener Hotels übernachtet, soll künftig wieder eine Bettensteuer von fünf Prozent des Rechnungsbetrags zahlen, die sogenannte City-Tax. Darauf hat sich die rot-grün-rote Koalition im Grundsatz verständigt. Offen ist allerdings, ob die zusätzlichen Einnahmen komplett in die Tourismusförderung fließen oder teilweise auch in den allgemeinen Haushalt. Im Vorfeld der Senatsitzung an diesem Dienstag haben sich Wirtschaft- und Finanzressort noch nicht auf eine entsprechende Formel verständigen können.

Anfang 2012 hatte die Hansestadt die City-Tax eingeführt, und zwar für Touristen und Geschäftsreisende gleichermaßen. Schon ein halbes Jahr später verfügte das Bundesverwaltungsgericht eine Einschränkung: Sind Übernachtungen beruflich veranlasst, darf auf die Kosten keine weitere Steuer erhoben werden. Seither zahlen in Bremen und Bremerhaven nur Touristen die City-Tax.

2022 brachte eine neuerliche juristische Wendung wieder Bewegung in die Sache. Das Bundesverfassungsgericht bewertete die Steuerpflicht anders als das Bundesverwaltungsgericht zehn Jahre zuvor. Es eröffnete den Bundesländern die Möglichkeit, in entsprechenden Gesetzen auch beruflich veranlasste Übernachtungen mit einer Bettensteuer zu belegen. Nach der Landtagswahl im Mai griffen SPD, Grüne und Linke diesen Urteilspruch in ihrem Koalitionsvertrag auf. Geprüft werden solle, „ob zur Erhöhung der

Mittel aus der City-Tax für den Tourismus zukünftig auch eine Besteuerung der Geschäftsreisenden erfolgen soll“. Dieser Auftrag wurde mit einem wichtigen Zusatz versehen: „Die hierdurch erzielten Steuereinnahmen sollen dabei unmittelbar dem Tourismus zugutekommen.“

Finanztechnisch ist das gar nicht so einfach umzusetzen. Denn anders als bei kommunalen Gebühren, die man beispielsweise für die Abwasserbeseitigung zahlt, gibt es bei Steuern üblicherweise keine Zweckbindung.



FOTO: KARSTEN KLAMA

„Wir brauchen das, auch um mit anderen Standorten konkurrenzfähig zu bleiben.“

Oliver Rau, Wirtschaftsförderung

Sie fließen in den großen Pott namens Haushalt. Der Gesetzgeber beschließt dann, wie die staatlichen Gesamteinnahmen ausgegeben werden. Natürlich stünde es der Bremischen Bürgerschaft frei, die Tourismusförderung jeweils von Haushalt zu Haushalt finanziell so auszustatten, wie es den Einnahmen aus der City-Tax entspricht. Sie könnte diese Mittel aber auch ganz oder teilweise für andere Zwecke ausgeben.

Im Land Bremen lagen die Einnahmen aus

der City-Tax im vergangenen Jahr bei knapp 3,3 Millionen Euro. Da Geschäftsreisende für gut die Hälfte aller Hotelübernachtungen stehen, wäre bei einer Ausdehnung der City-Tax auf diese Gruppe mit Mehreinnahmen von etwa 3,5 Millionen Euro zu rechnen. Wie Bremens Tourismus-Chef Oliver Rau diesen Betrag einsetzen würde, kann man sich vorstellen – komplett für die Förderung des Fremdenverkehrs. Als er kürzlich beim Wirtschafts- und Strukturrat Bremen-Nord eingeladen war, nutzte er die Gelegenheit für einen entsprechenden Appell an die politischen Entscheidungsträger. Aus seiner Sicht ist die Rechnung simpel. Und sie geht so: Der Tourismus generiert in Bremen pro Jahr rund zwei Milliarden Euro Umsatz, woraus sich Steuereinnahmen (jenseits der City-Tax) von 180 bis 200 Millionen Euro ergeben. Mit Tourismusförderung könne Bremen bei vergleichsweise bescheidenem Einsatz also viel Positives auf der Einnahmeseite bewegen, argumentiert Rau. Eine Verdoppelung der City-Tax-Einnahmen durch die Einbeziehung der Geschäftsreisenden käme gerade recht, um die zuletzt so erfolgreichen Projekte – etwa bei den digitalen Werbekampagnen für Bremen und Bremerhaven – weiterführen und ausbauen zu können. „Wir brauchen das, auch um in der nationalen Konkurrenz mit anderen Standorten konkurrenzfähig zu bleiben“, sagt Rau.

Ob sich der Senat dieser Argumentation letztlich anschließt, muss sich zeigen. Der Gesetzentwurf für die Ausweitung der City-Tax enthält keine Festlegungen, was die Ver-

wendung der Mehreinnahmen angeht. Im Vorfeld war zu hören, dass Wirtschaftsministerin Kristina Vogt (Linke) und Finanzsenator Björn Fecker (Grüne) heftig um diese Frage gerungen haben. Vogt liegt ganz auf Raus Linie. Fecker hat nichts gegen Tourismusförderung, muss aber auf den Haushalt als Ganzes schauen, und der steht angesichts stagnierender Einnahmen und hoher Bedarfe in fast allen Bereichen erheblich unter Druck. Eine Einigung war am Montag noch nicht in Sicht.

ANZEIGE

WESER-KURIER

Adventskalender

- 2023 -

Vorfriede an jedem Tag

Einfach auf www.weser-kurier.de/adventskalender die Gewinnfrage beantworten, und mit etwas Glück gewinnen Sie heute:

3 x 2 Tickets für ein Philharmonisches Konzert nach Wahl bis zum Ende der Spielzeit 2023/24

Tagespreis am 5.12.2023

3 x 2

TICKETS

für ein
PHILHARMONISCHES KONZERT

nach Wahl bis zum Ende der Spielzeit 2023/24

Bremer Philharmoniker

WESER KURIER

Ekkehard Lentz ist gestorben

Trauer um Friedensaktivist



FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Ekkehard Lentz vom Bremer Friedensforum wurde 68 Jahre alt.

VON FELIX WENDLER

Bremen. Der Bremer Friedensaktivist Ekkehard Lentz ist tot. Das hat das Bremer Friedensforum am Montag mitgeteilt. Er sei unerwartet verstorben. Lentz, der zu den Mitbegründern und Sprechern des Forums gehörte, galt seit Jahrzehnten als das prägende Gesicht der Bremer Friedensbewegung. „Seine beharrliche Friedensarbeit gegen Militarisation, Krieg und Faschismus machten ihn bundesweit bekannt. Menschen zusammenzuführen und Netze zu knüpfen, waren seine besondere Gabe“, heißt es in der Mitteilung.

Lentz hat regelmäßig Friedensdemonstrationen und andere Aktionen mitorganisiert. Dazu gehörten die Ostermärsche, das jährliche Gedenken an den Atombombenabwurf auf Hiroshima und die Antikriegskundgebungen am 1. September. Auch in der bundesweiten Friedensbewegung habe Lentz „kontinuierlich und unermüdet“ mitgearbeitet, erinnern sich seine Weggefährten. „Wenige Tage vor seinem Tod hat er noch an der großen Friedensdemonstration in Berlin teilgenommen“, heißt es weiter.

Als strikter Gegner von Rüstungsexporten hat Lentz immer wieder kritisiert, dass auch über bremische Häfen Munition verschifft wird. Bekannt war Lentz in Bremen außerdem für sein Engagement gegen den Bau einer Bahnwerkstatt an der Reitbrake. Gemeinsam mit der Bürgerinitiative Oslebshausen hatte das Friedensforum den Anstoß für Grabungen auf dem Gelände gegeben, bei denen Skelette sowjetischer Zwangsarbeiter gefunden worden waren. Neben seinem Einsatz für den Frieden war Ekkehard Lentz beim Sportverein Tura Bremen 30 Jahre lang als ehrenamtlicher Pressesprecher tätig. Ungefähr die gleiche Zeit hat er hauptberuflich bei der Bremer Lebenshilfe gearbeitet. Lentz wurde 68 Jahre alt.

Bundesverdienstkreuz für Sabine Schöning

Präsident Steinmeier würdigt Engagement für Gehörlose

VON BJÖRN STRUSS

Bremen/ Berlin. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat am Montag die Bremerin Sabine Schöning als eine von 19 Bürgern mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Schöning engagiert sich seit Jahrzehnten ehrenamtlich für gehörlose Men-



Frank-Walter Steinmeier und Sabine Schöning. FOTO: SEBASTIAN CHRISTOPH GOLLNOW/DPA

schon und deren Angehörige. In seiner Begründung betonte Präsident Steinmeier, dass dieser Einsatz die Gleichstellung und das Zusammenkommen der Menschen fördert.

Gratulationen kamen am Montag auch von Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD): „Sabine Schöning setzt sich in herausragender Weise für das Gemeinwesen ein. Darüber hinaus macht sie Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen sichtbar und drängt auf eine bessere Versorgung. Hierfür bringt sie sich im Landesteilhabeberrat und im Rundfunkrat von Radio Bremen ein. In der Phase der großen Zuwanderung durch Geflüchtete initiierte sie niedrigschwellige Angebote für die Kontaktaufnahme von gehörlosen und hörenden Familien und erleichterte ein Ankommen in Bremen.“

Laut Pressestelle des Bremer Senats leitet Schöning unter anderem seit 2006 den Verein Gehörlosenfremdheim Bremen. Dessen Vorstand gehörte sie zuvor als Beisitzerin drei Jahrzehnte an. Seit 2005 ist Schöning zudem Vorsitzende des Landesverbands der Gehörlosen (LVG). Im Deutschen Gehörlosen-Bund vertritt Sabine Schöning seit nunmehr 17 Jahren den LVG.

Mehrere Gewerkschaften rufen zu Streiks auf

Welche Auswirkungen am Mittwoch zu erwarten sind

VON MERLE OSSMER

Bremen. Verdi hat zusammen mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Industriegewerkschaft (IG Bau) und der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOlG) zu einem Warnstreik und zwei Großkundgebungen in Niedersachsen und Bremen aufgerufen – unmittelbar vor der dritten Verhandlungsrunde. Wie berichtet, soll so der Druck auf die Arbeitgeber erhöht werden, die in zwei Gesprächsrunden bislang kein Angebot vorgelegt haben.

„Wenn die Arbeitgeber jetzt nicht aufwachen und die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst anständig bezahlen, dann verschärft sich der Fachkräftemangel weiter“, teilt die GEW mit. Stadtverbandsprecherin und Tarifexpertin Barbara Schüll: „Die Kolleginnen und Kollegen an Schule und Hochschule sind jetzt schon am Limit. Die Gesundheit der Beschäftigten und die Qualität der Bildung sind akut bedroht. Wer jetzt knausert, spielt mit den Lebenschancen der jungen Generation und damit mit der Zukunft des Landes.“ Durch den Streik könne es zu Stundenausfällen an Bremer Schulen kommen, so die GEW gegenüber dem WE-

SER-KURIER. „Die Ganztagsbetreuung an Grundschulen könnte eingeschränkt oder gar nicht möglich sein“, heißt es weiter von der GEW. Außerdem werde voraussichtlich die allgemeine Berufsschule ganz ausfallen.

„Sicherheitsstruktur nicht gefährden“

Die Gewerkschaft der Polizei ruft zusammen mit ihrem Dachverband, dem Deutschen Beamtenbund, zu dem Streik auf. Laut Angaben der DPOlG werden nicht nur die Finanzämter und andere Bereiche des öffentlichen Dienstes geschlossen bleiben, auch die Polizei wird dadurch eingeschränkt. Der Objektschutz, der Polizeigewahrsam und der Zentralruf müssten so beispielsweise von Vollzugsbeamten übernommen werden. „Wir werden die Sicherheitsstruktur des Landes nicht gefährden“, sagt Bernard Soika, Landesvorsitzender der DPOlG. „Aber es kann wehtun, und die Bürgerinnen und Bürger werden Einschränkungen spüren.“

Gestreikt wird vor dem Hintergrund der am Donnerstag startenden Tarifrunde. Die Gewerkschaften fordern 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 500 Euro, eine Stadtstaatenzulage von 300 Euro, sowie eine Ausbildungszulage in Höhe von 200 Euro.

EVANGELISCHE KIRCHE

Infotelefon am Tag des Ehrenamts

Bremen. Um über alle Fragen rund ums Ehrenamt zu informieren, bietet die Bremische Evangelische Kirche (BEK) an diesem Dienstag von 9 bis 20 Uhr ein Infotelefon an. Anlass dafür ist der Internationale Tag des Ehrenamts. Friederike Schäfer ist unter 04 21/55 97 32 7 zu erreichen, um über mögliche Einsatzfelder zu informieren und Anregungen aufzunehmen. Bei der BEK engagieren sich derzeit nach eigenen Angaben rund 5000 Ehrenamtliche, in Deutschland sind es laut einer Umfrage aus dem Jahr 2019 etwa 28,8 Millionen. BJS

KRIMINALITÄT

Zigarettenautomaten gesprengt

Bremen. In Blumenthal, Vegesack und Hemelingen sind am Wochenende Zigarettenautomaten gesprengt worden. Laut Polizei lagen an den Tatorten in Blumenthal und Hemelingen noch diverse Zigarettenstachtlern und Münzen auf dem Boden. In allen drei Fällen flogen Metallteile mehrere Meter weit. Die Kripo ermittelt wegen Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion. Zeugenhinweise nimmt die Polizei unter 04 21/9 62 38 88 entgegen. BJ